

Deliktsrecht

Unerlaubte Handlungen, Schadensersatz, Schmerzensgeld

von

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Erwin Deutsch, Prof. Dr. Hans-Jürgen Ahrens

6., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage

Deliktsrecht – Deutsch / Ahrens

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

BGB Besonderes Schuldrecht: Gesamtdarstellungen und Allgemeines

Verlag Franz Vahlen München 2014

Verlag Franz Vahlen im Internet:

www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 4758 3

beck-shop.de

Deutsch · Ahrens | Deliktsrecht

beck-shop.de

Deliktsrecht

Unerlaubte Handlungen · Schadensersatz ·
Schmerzensgeld

Von
Dr. Dr. h.c. mult. Erwin Deutsch
Professor an der Universität Göttingen
Richter am OLG Celle a.D.

und
Dr. Hans-Jürgen Ahrens
Professor an der Universität Osnabrück
Richter am OLG Celle a.D.
Vizepräsident des Nieders. Landesjustizprüfungsamtes a.D.

6., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage

Verlag Franz Vahlen München 2014

Zitiervorschlag: *Deutsch/Ahrens DeliktsR Rn.*

www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 4758 3

© 2014 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckhaus Nomos, In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: R. John + W. John GbR, Köln
Umschlagkonzeption: Martina Busch Grafikdesign, Homburg Kirrberg

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Das Werk ist in früheren Auflagen unter dem Titel »Unerlaubte Handlungen, Schadensersatz und Schmerzensgeld« erschienen. Es richtet sich in erster Linie an Studenten, die diesem letzten Teil des »Besonderen Schuldrechts« entgegen seiner enormen Bedeutung im Rechtsleben oft nicht die gebotene Beachtung schenken. Dazu trägt bei, dass die außervertragliche Haftung bereits Teil einer notwendigen Spezialisierung ist. Sie tritt in der täglichen Praxis der Anwälte, Versicherungen und Gerichte deutlicher hervor als im gewöhnlichen Lehrangebot der Universitäten. Auch bei den Praktikern hat das Werk Beachtung gefunden.

Haftungsgrund und Haftungsumfang sind an ganz verschiedenen Stellen geregelt. Die Haftungstatbestände finden sich im Recht der unerlaubten Handlungen und in den Sondergesetzen der Gefährdungshaftung; die Zurechnung ist, wenn überhaupt, in den Bestimmungen über das Verschulden behandelt; die Haftungsvoraussetzungen der Rechtswidrigkeit und der Gefährdung sind als solche überhaupt nicht geregelt. Demgegenüber sind die Regeln über den Schaden und seinen Ersatz zunächst zu allgemein gefasst, sodass sie wegen der besonderen Anforderungen der außervertraglichen Haftung noch durch das Gesetz angepasst werden mussten. Über diesem diffusen Gesetzeszustand lagert sich ein weites Band von Richterrecht, welches Haftung und Schadensersatz fortentwickelt hat. So lässt sich am Recht der außervertraglichen Haftung die Methode der modernen Rechtsgewinnung feststellen. Der Übergang von der Interessenjurisprudenz zur Wertungsjurisprudenz zeigt sich deutlich im Schutzbereich der Norm. Interessenforschung, Zweckrationalität der Rechtsanwendung und Fernwirkung des Gesetzes verbinden sich zu einem komplexen Instrument, das allgemeine Anerkennung gefunden hat.

Seit dem Erscheinen der 5. Auflage ist das Haftungsrecht von der Rechtsprechung weiter ausgebaut worden. Die voll durchgesehene und erneut erweiterte Neuauflage berücksichtigt die Entwicklung bis Ende Oktober 2013.

Die Neuauflage wurde im ersten Teil (bis Rn. 327) vom Begründer des Werkes, Professor Deutsch, bearbeitet, der zweite Teil von Professor Ahrens.

Göttingen/Osnabrück, im November 2013

Erwin Deutsch

Hans-Jürgen Ahrens

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhalt	IX
Abkürzungen	XXIII
Literatur	XXIX
1. Teil. Allgemeine Lehren	1
§ 1 Schadenstragung und Schadenshaftung	1
§ 2 Aufbau der Verschuldenshaftung	6
§ 3 Tatbestand	11
§ 4 Verhalten: Handlung und Unterlassung	15
§ 5 Kausalzusammenhang und Adäquanz	20
§ 6 Sonderformen des Kausalzusammenhangs: mehrfache Kausalität, Unterbrechung des Kausalzusammenhangs, überholende Kausalität, rechtmäßiges Alternativverhalten	29
§ 7 Rechtswidrigkeit	37
§ 8 Rechtfertigung	42
§ 9 Schutzzweck und Schutzbereich der Norm	49
§ 10 Verschulden: Vorsatz und Fahrlässigkeit	53
§ 11 Verschuldensfähigkeit und subsidiäre Billigkeitshaftung	64
§ 12 Haftung mehrerer Personen: Täterschaft und Teilnahme	69
§ 13 Ausschluss und Herabsetzung der Haftung: Mitverschulden, Handeln auf eigene Gefahr, Freizeichnung, allgemeines Lebensrisiko	76
2. Teil. Haftungstatbestände	85
1. Abschnitt. Verschuldenshaftung	85
§ 14 Verletzung von Rechtsgütern und Rechten: § 823 Abs. 1	85
§ 15 Verletzung eines Schutzgesetzes: § 823 Abs. 2	100
§ 16 Sittenwidrige Schadenszufügung: § 826	109
§ 17 Verkehrspflichten	118
§ 18 Produzentenhaftung und Produkthaftung	130
§ 19 Äußerungsdelikte: § 824 und allgemeine Regeln	140
§ 20 Deliktisches Handeln im Internet	150
§ 21 Die verschuldensvermutenden Sondertatbestände: Gehilfenhaftung, Aufsichtshaftung, Gebäudehaftung: §§ 831, 832, 833 S. 2, 836 ff.	153
§ 22 Verletzung einer Amtspflicht und Staatshaftung: Art. 34 GG, § 839	163
§ 23 Sachverständigenhaftung für unrichtige Gerichtsgutachten	170
2. Abschnitt. Gefährdungshaftung	174
§ 24 Theorie der Gefährdungshaftung	174
§ 25 Gefährdungshaftung wegen Tiergefahr: Tierhalter- und Jagdhaftung	180
§ 26 Gefährdungshaftung wegen Geschwindigkeit: Eisenbahn, Kraftfahrzeug, Luftfahrzeug	184
§ 27 Gefährdungshaftung wegen Energieentfaltung: Energieanlagen, Atomenergie	190
§ 28 Gefährdungshaftung wegen Wasserveränderung, Bergbau und industrieller Umweltbelastung	193
	VII

Inhaltsübersicht	
§ 29 Gefährdungshaftung wegen Arzneimittelherstellung und Gentechnik . . .	197
3. Abschnitt. Objektive Einstandshaftung	201
§ 30 Ausgleich trotz rechtmäßigen Eingriffs: Zivilrechtliche Aufopferung	201
§ 31 Selbstopferung	204
3. Teil. Rechtsfolgen der Haftung	207
1. Abschnitt. Ersatz des Vermögensschadens und des immateriellen Schadens	207
§ 32 Schadenszurechnung: haftungsausfüllende Kausalität und Schutzbereich der Ersatznorm	207
§ 33 Grundzüge des gesetzlichen Schadensersatzes	209
§ 34 Personenschaden	215
§ 35 Sachschaden	219
§ 36 Sonderformen der Schadensberechnung: Bedarf und Aufwendung, Familienplanung, Nutzungsausfall, Frustration, gemeiner Wert, Affektionsinteresse, Lizenzanalogie, Abwehrschaden	224
§ 37 Immaterieller Schaden	232
§ 38 Schmerzensgeld: Haftungsgrund	234
§ 39 Schmerzensgeld: Haftungsumfang und Haftungstypen	240
§ 40 Schmerzensgeld: Summen und Renten	248
2. Abschnitt. Abwehransprüche: Unterlassungs- und Beseitigungsklage	250
§ 41 Negatorische Maßnahmen: Erscheinung und Theorie	250
§ 42 Unterlassung und Beseitigung	252
3. Abschnitt. Prozess und Regress	255
§ 43 Beweis: Darlegungs- und Beweislast, Beweismaß und Schätzung; Zwangsvollstreckung	255
§ 44 Verjährung und Verwirkung	259
§ 45 Rückgriff: Privater Versicherer, öffentlicher Versicherungsträger, Arbeitgeber, Dienstherr	262
Sachregister	267

Inhalt

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungen	XXIII
Literatur	XXIX
1. Teil. Allgemeine Lehren	1
§ 1 Schadenstragung und Schadenshaftung	1
A. Arten der Schadenstragung	1
I. Grundsatz: Schadenszuständigkeit des Rechtsgutträgers	1
II. Zurechnung als Haftungsbegründung	2
III. Subjektive und objektive Zurechnung	2
B. Gründe der Schadenshaftung	2
I. Verschuldenshaftung	3
II. Gefährdungshaftung	3
III. Billigkeitshaftung	4
IV. Aufopferung	4
V. Selbstopferung	5
§ 2 Aufbau der Verschuldenshaftung	6
A. Normen und Aufbauschema	6
I. Tatbestandsnorm und Rechtsfolgenorm	6
II. Aufbaubildung	6
B. Aufbau des Haftungsgrundes	7
I. Tatbestand	7
II. Rechtswidrigkeit	7
III. Verschulden	7
C. Ausnahmen vom Aufbauschema	8
I. Schaden als Tatbestand	8
II. Unabgegrenzte Tatbestände: Verschleifung von Tatbestand und Rechtswidrigkeit	8
D. Aufbau des Haftungsumfanges	9
I. Schaden	9
II. Schutzbereich	9
III. Adäquanz	9
E. Mitverschulden	9
§ 3 Tatbestand	11
A. Bedeutung und Herkunft	11
I. Tatbestand als Unrechtstypisierung	11
II. Entwicklung der Tatbestandslehre	11
B. Merkmale der Tatbestandsbildung	11
I. Generelle Merkmale	11
II. Verletzungstatbestand und Verhaltenstatbestand	12
III. Spezifische Tatbestandsmerkmale	12
IV. Abgegrenzte und offene Tatbestände	12

Inhalt

C.	Indizierungswirkung der Tatbestandsmäßigkeit	13
	I. Indizierung der Rechtswidrigkeit	13
	II. Indizierung des Verschuldens	14
§ 4	Verhalten: Handlung und Unterlassung	15
A.	Verhalten als Grunderscheinung des Tatbestandes	15
	I. Verhalten und Zurechnung	15
	II. Typen des Verhaltens	15
B.	Handlung	16
	I. Theorie der Handlung	16
	II. Rechtlicher Handlungsbegriff	16
C.	Unterlassung	17
	I. Erscheinungsform der Unterlassung	17
	II. Gleichstellung der Unterlassung mit der Handlung	17
	III. Unterscheidung von Handlung und Unterlassung	18
§ 5	Kausalzusammenhang und Adäquanz	20
A.	Kausalität: Definition und Anwendungsform	20
	I. Der Begriff des Ursachenzusammenhangs	20
	II. Abgekürzter Kausalitätstest: nicht wegdenkbare Bedingung	20
B.	Besondere Erscheinungen der Kausalität	21
	I. Ursächlichkeit der Unterlassung	21
	II. Psychische Kausalität	21
C.	Ursachen der Haftung	22
	I. Kausalität der Verletzung und der Schädigung	22
	II. Haftungsbegründende Kausalität	22
	III. Haftungsausfüllende Kausalität	23
	IV. Bevorstehende Kausalität	23
D.	Adäquate Kausalität	24
	I. Äquivalenztheorie	24
	II. Adäquanztheorie	24
	III. Einzelauswirkungen der Lehre von der Adäquanz	25
	IV. Adäquanz und Schutzbereich der Norm	26
	V. Adäquanz und Verletzung einer Verhaltensnorm	27
	VI. Adäquanz und Gefährdungshaftung	27
	VII. Besondere Eigenschaften des Opfers und adäquate Kausalität	28
§ 6	Sonderformen des Kausalzusammenhangs: mehrfache Kausalität, Unterbrechung des Kausalzusammenhangs, überholende Kausalität, rechtmäßiges Alternativverhalten	29
A.	Mehrfache Kausalitäten	29
	I. Kumulative Kausalität	29
	II. Alternative Kausalität	29
	III. Addierte Kausalität	29
B.	Unterbrechung des Kausalzusammenhangs	30
	I. Terminologie und Abgrenzung	30
	II. Unterbrechung der psychischen Kausalität	30
	III. Unterbrechung durch Handlung oder Unterlassung	31
	IV. Theorie und Fallgruppen der Unterbrechung	32
C.	Überholende Kausalität (Reserveursache)	33
	I. Problemstand und Fallgruppen	33
	II. Lösungen in Lehre und Rechtsprechung	34
D.	Rechtmäßiges Alternativverhalten	34
X		

	Inhalt
I. Typologie und Abgrenzung	34
II. Rechtswidrigkeit und Normzweck	35
III. Beweislast und Rechtsfolge	36
§ 7 Rechtswidrigkeit	37
A. Herkunft und Gesetzgebungsgeschichte	37
I. Entwicklung	37
II. Die Rechtswidrigkeit in den Materialien zum BGB	37
B. Definition und Quellen der Rechtswidrigkeit	37
I. Begriffsbestimmung	37
II. Quellen der Rechtswidrigkeit	38
C. Arten der Rechtswidrigkeit	38
I. Gegenstand der Rechtswidrigkeit	38
II. Erfolgsbezogene Rechtswidrigkeit	38
III. Verhaltensbezogene Rechtswidrigkeit	39
IV. Subjektiv gefärbte Rechtswidrigkeit	39
V. Verhältnis der Rechtswidrigkeiten zueinander	39
D. Rechtswidrigkeit und Verhaltenslehre	40
I. Rechtswidrigkeit der Handlung	40
II. Rechtswidrigkeit der Unterlassung	40
III. Widerrechtlichkeit eines Zustands	40
E. Inhalt des Rechtswidrigkeitsurteils	40
F. Beweislast	41
§ 8 Rechtfertigung	42
A. Rechtswidrigkeit und Rechtfertigung	42
I. Grundsatz	42
II. Rechtfertigung bei den Arten der Rechtswidrigkeit	42
III. Beweislast	43
IV. Übergreifende Wirkung der Rechtfertigungsgründe auf andere Rechtsgebiete	43
B. Abwehrrechte	44
I. Notwehr	44
II. Defensiver Notstand	45
C. Pflicht oder Recht zum Eingriff	45
I. Eingriffspflicht	45
II. Aggressiver Notstand	45
III. Selbsthilfe	45
IV. Wahrnehmung berechtigter Interessen	46
V. Einwilligung	46
D. Konkrete Rechtfertigung	47
I. Güterabwägung	47
II. Allgemeiner Notstand	47
III. Sozialadäquanz	48
IV. Gutgläubiger Erwerb	48
§ 9 Schutzzweck und Schutzbereich der Norm	49
A. Geschichte und Terminologie	49
I. Relativierung und Rechtswidrigkeit	49
II. Herkunft	49
III. Schutzzweck, Schutzbereich und Rechtswidrigkeitszusammenhang	50
B. Schutzzweck der Norm	50
	XI

Inhalt	
C. Schutzbereich der Norm	51
I. Persönlicher Schutzbereich	51
II. Sachlicher Schutzbereich	51
D. Schutzbereich der Adäquanz	52
§ 10 Verschulden: Vorsatz und Fahrlässigkeit	53
A. Vorsatz	53
I. Bandbreite des Vorsatzbegriffs	53
II. Definition des Vorsatzes	54
III. Bezugspunkte des Vorsatzes	54
IV. Irrtum	54
B. Fahrlässigkeit	55
I. Entwicklung und Definition	56
II. Fahrlässigkeit als Sorgfaltsverstoß	56
III. Äußere und innere Sorgfalt	56
IV. Funktionale Merkmale der Fahrlässigkeit	58
V. Objektiv geforderte und subjektiv mögliche Sorgfalt (Gruppen- und Einzelfahrlässigkeit)	58
VI. Fahrlässigkeit und Irrtum	60
VII. Übernahmeverschulden, einleitende Fahrlässigkeit	61
C. Sonderformen der Fahrlässigkeit	61
I. Grobe Fahrlässigkeit	61
II. Konkrete Fahrlässigkeit	62
D. Zufall und höhere Gewalt	63
I. Zufall	63
II. Höhere Gewalt und unabwendbares Ereignis	63
§ 11 Verschuldensfähigkeit und subsidiäre Billigkeitshaftung	64
A. Zurechnung und persönliche Fähigkeit	64
I. Zurechnungsfähigkeit	64
II. Rechtsfolge der Zurechnungsunfähigkeit	64
B. Typen der Zurechnungsunfähigkeit	64
I. Kinder	64
II. Jugendliche	65
III. Geisteskranke	66
IV. Bewusstlose	66
V. Actio libera in causa	66
C. Subsidiäre Billigkeitshaftung	67
I. Tatbestandliche Voraussetzungen	67
II. Billigkeitserfordernisse	67
III. Anrechnung der Haftpflichtversicherung?	67
IV. Analoge Anwendung der Billigkeitshaftung	68
V. Feststellung der Billigkeitshaftung für die Zukunft	68
§ 12 Haftung mehrerer Personen: Täterschaft und Teilnahme	69
A. Kausalität, Verschulden, Mitverantwortung	69
I. Mitverantwortung und Gesamtschuld	69
II. Ersetzung der Kausalität durch Verschulden	69
B. Nebentäterschaft	70
I. Voraussetzungen der Nebentäterschaft	70
II. Rechtsfolgen und Ausgleich im Innenverhältnis	70
C. Mittäterschaft	70
I. Vorsätzliche Mittäterschaft	70
II. Fahrlässige Mittäterschaft	71

	Inhalt
D. Teilnahme	71
I. Anstiftung	71
II. Beihilfe	71
III. Nachtatliche Teilnahme	72
E. Alternativtäterschaft	72
I. Gegebenheiten und Funktionen	72
II. Allgemeine Voraussetzungen	73
III. Begriff der Beteiligung	73
IV. Reihe von Verkehrsunfällen	73
V. Verletzter ist nicht »Beteiligter«	74
VI. Alternativtäterschaft und Adäquanz	74
VII. Analoge Anwendung des § 830 Abs. 1 S. 2	74
F. Rechtsfolge der Haftung mehrerer	75
I. Gesamtschuldnerische Haftung	75
II. Rückgriff im Gesamtschuldverhältnis	75
§ 13 Ausschluss und Herabsetzung der Haftung: Mitverschulden, Handeln auf eigene Gefahr, Freizeichnung, allgemeines Lebensrisiko	76
A. Mitverschulden	76
I. Entwicklung und Funktion	76
II. Verschulden gegen sich selbst und Obliegenheitsverletzung	76
III. Aufbau des »Mitverschuldens«; Tatbestand, Obliegenheitswidrigkeit, Verschulden	77
IV. Mitwirkende Betriebsgefahr	78
V. Kriterien der Abwägung beim Mitverschulden	78
VI. Schutzbereich des Mitverschuldens	79
VII. Rechtsfolge	79
VIII. Rechtspolitik	79
B. Handeln auf eigene Gefahr	80
I. Entwicklung und Theorie	80
II. Fallgruppen des Handelns auf eigene Gefahr	81
III. Rechtsfolge	81
C. Freizeichnung	81
I. Grundsatz und gesetzliche Regelungen	82
II. Freizeichnung durch Individualabrede	82
III. Freizeichnung in allgemeinen Geschäftsbedingungen	82
IV. Freizeichnung durch Anschlag, Schild oder Aufdruck	83
D. Allgemeines Lebensrisiko	83
2. Teil. Haftungstatbestände	85
1. Abschnitt. Verschuldenshaftung	85
§ 14 Verletzung von Rechtsgütern und Rechten: § 823 Abs. 1	85
Vorbemerkung: Das Schadenrechtsänderungsgesetz von 2002	85
A. Tatbestandsstruktur	86
B. Rechtsgüter	86
I. Leben	87
II. Körper	87
III. Gesundheit	89
IV. Freiheit	89
C. Eigentum und abgegrenzte absolute Rechte	90
I. Eigentum	90

Inhalt

II. Absolute sonstige Rechte	91
D. Rahmenrechte	93
I. Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb	94
II. Persönlichkeitsrecht	95
III. Informationelle Selbstbestimmung	99
§ 15 Verletzung eines Schutzgesetzes: § 823 Abs. 2	100
A. Begriff des Schutzgesetzes	100
I. Gesetz	100
II. Schutz eines anderen bezweckendes Gesetz	100
III. Zivilrechtlicher Schutzcharakter	101
IV. Persönlicher Schutzbereich	101
V. Sachlicher Schutzbereich	102
B. Typen der Schutzgesetze	102
I. Abstrakte Gefährdungsnormen	102
II. Konkrete Gefährdungsnormen	103
C. Beispielsgruppen der Schutzgesetze	103
I. Sicherheitsgesetze	103
II. Straßenverkehrsregeln	103
III. Strafgesetzbuch	104
IV. Bürgerliches Gesetzbuch	104
V. Gewerberecht und Sozialversicherungsrecht	104
D. Verschulden	105
I. Schutzgesetzverletzung als Verschuldenshaftung	105
II. Vorsatz und Schutzgesetz	105
III. Verschuldensbezug	106
IV. Äußere und innere Sorgfalt	106
V. Objektive Fahrlässigkeit	107
E. Funktionen der Schutzgesetzverletzung	107
I. Formale Funktionen	107
II. Materiale Funktionen	107
§ 16 Sittenwidrige Schadenszufügung: § 826	109
A. Funktionen des § 826	109
I. Generalklausel und Auffangtatbestand	109
II. Besondere Zwecke: Überwindungsfunktion und Entwicklungsfunktion	109
B. Tatbestand des § 826	110
I. Sittenwidriges Verhalten: Definition und Grundtypen	110
II. Subjektives Merkmal der Sittenwidrigkeit	111
III. Schadenszufügung und Schutzbereich	111
IV. Subjektiver Tatbestand: Vorsatz	112
C. Fallgruppen	112
I. Täuschung	112
II. Kollusion zum Nachteil Dritter	113
III. Gläubigergefährdung	113
IV. Eingriff in die persönliche Rechtsstellung	113
V. Unangemessene Äußerung	113
VI. Treuwidrigkeit	114
VII. Verleitung zum Vertragsbruch und Beihilfe zur Treuwidrigkeit	114
VIII. Vereinsachen: Ungerechtfertigter Ausschluss, ungerechtfertigte Vereinsstrafe, ungerechtfertigte Nichtaufnahme in einen beruf- lichen oder sonst wesentlichen Verein	114

	Inhalt
IX. Missbrauch einer Monopolstellung	115
X. Rechtsmissbrauch	115
XI. Ausnutzung einer formalen Rechtsposition	115
XII. Grob unfaire Maßnahme im Arbeitskampf	115
XIII. Vorteilerlangung durch Verletzung von Berufs- bzw. Standesrecht oder sonstigen Sonderregeln	115
XIV. Verletzung von Grundrechten	116
XV. Existenzvernichtung	116
XVI. Kapitalanlagevermittlung	116
XVII. Brokerhaftung	116
D. Rechtsfolgen	117
I. Unterlassung und Schadensersatz	117
II. Einwand der Sittenwidrigkeit (exceptio doli)	117
§ 17 Verkehrspflichten	118
A. Allgemeines	118
I. Verkehrssicherungspflicht und Verkehrspflicht	118
II. Standort und Funktionen der Verkehrspflicht	118
B. Theorie und Praxis der Verkehrspflicht	119
I. Tatbestand der Verkehrspflichtverletzung	119
II. Verschulden	120
III. Fallgruppen der Verkehrspflichtverletzung	121
IV. Missbrauch	125
V. Haftung gegenüber unbefugten Benutzern	125
VI. Gefahrhinweise statt Gefahrabwendung	126
VII. Delegation, Entlastungsbeweis	126
VIII. Streupflichten	126
IX. Verkehrspflicht als Amtspflicht	127
C. Schutzbereich der Verkehrspflicht	128
D. Anschein der Kausalität	128
E. Einordnung der Verkehrspflicht	128
F. Haftpflichtige Unternehmensträger	129
§ 18 Produzentenhaftung und Produkthaftung	130
A. Grundlagen	130
I. Name und Phänomenologie	130
II. Entwicklung und Haftungsgründe	130
1. Volkswirtschaftlicher Hintergrund	130
2. Vertragshaftung	130
3. Deliktshaftung nach § 823 Abs. 1	131
4. Objektive Haftung: ProdHaftG	131
III. Produktsicherheitsrecht	131
B. Haftung des Herstellers nach § 823 Abs. 1: Produzentenhaftung	132
I. Tatbestand der Produzentenhaftung	132
II. Typen der Produzentenhaftung	134
III. Schutzbereich der Produzentenhaftung	135
C. Produkthaftungsgesetz	136
I. Produkthaftung als allgemeines europäisches Recht	136
II. Haftungsgrund	136
III. Anspruchsberechtigter	137
IV. Enthafungsgründe	137
V. Haftungsumfang	138
VI. Zeitliche Grenzen	138

Inhalt

VII. Konkurrenzen	138
D. Arzneimittelhaftung	139
§ 19 Äußerungsdelikte: § 824 und allgemeine Regeln	140
A. Besonderheiten der Äußerungsdelikte	140
I. Zusammenfassung als Äußerungsdelikt	140
II. Schutzgüter: persönliches und geschäftliches Ansehen, Privat- sphäre	140
III. Tatsachenbehauptungen und Werturteile	141
IV. Wahrnehmung berechtigter Interessen	141
V. Bildnisschutz	142
B. Personbezogene Publikationen	143
I. Beleidigung und üble Nachrede	143
II. Persönlichkeitsrecht	143
III. Kollektivbeleidigung	143
IV. Behaupten und Verbreiten	144
V. Sorgfalt der Recherche	144
C. Geschäftsbezogene Äußerungsdelikte	145
I. »Kreditgefährdung«; Abgrenzung der Rechtsgrundlagen	145
II. Erwerbsschädigung	146
III. Wahrnehmung berechtigter Interessen	146
IV. Warentest	147
V. Wahre Tatsachenbehauptungen	147
D. Rechtsfolgen	147
I. Abwehransprüche	147
1. Unterlassung, Beseitigung	147
2. Widerruf und eingeschränkter Widerruf	148
3. Zeitungsanzeige	148
II. Geldersatz	149
1. Vermögensschaden, Bereicherungsausgleich	149
2. »Schmerzensgeld«	149
§ 20 Deliktisches Handeln im Internet	150
A. Phänomenologie	150
B. Haftungsgrundlagen	150
C. Störerhaftung der Internetmediäre	151
I. Verantwortlichkeit mittelbarer Verletzer	151
II. Verkehrspflichtverletzung als dogmatische Erklärung	152
D. Haftungsprivilegierung	152
§ 21 Die verschuldensvermutenden Sondertatbestände: Gehilfenhaftung, Aufsichtshaftung, Gebäudehaftung: §§ 831, 832, 833 S. 2, 836 ff.	153
A. Grundlage und Ausgestaltung	153
B. Gehilfenhaftung	153
I. Stellung im Gesetz und Parallelen	153
II. Verrichtungsgehilfe	154
III. Ausführung der Verrichtung	155
IV. Widerrechtliche Schadenszufügung	155
V. Entlastungsbeweise	155
VI. Entlastungsbeweis bei verschärfter Haftung	157
VII. Einschränkung des § 831 durch Versicherung und Freistellungs- anspruch	157
VIII. Vertragliche Übernahme	157

	Inhalt
IX. Aufsichtspflicht gemäß § 823 Abs. 1	158
X. Analoge Anwendung des § 831	158
XI. Rechtspolitik	158
C. Aufsichtshaftung	158
I. Tatbestand der Aufsichtshaftung	159
II. Entlastungsbeweis	159
III. Grundsätzliches	160
D. Tieraufsichtshaftung	160
I. Haustierhalterhaftung	160
II. Tierhüterhaftung	160
E. Gebäudehaftung	161
I. Tatbestand	161
II. Entlastung	162
§ 22 Verletzung einer Amtspflicht und Staatshaftung: Art. 34 GG, § 839	163
A. Systematik und Entwicklung	163
I. Amtshaftung und Haftung des Staates	163
II. Von der Beamtenhaftung zur Haftung der öffentlichen Hand	163
III. Staatshaftungsgesetz	163
B. Haftung für die Verletzung einer Amtspflicht	164
I. Amtspflichtverletzung des § 839 als Blanketttatbestand	164
II. Tatbestandsmerkmal Beamter	164
III. Verletzung einer Amtspflicht	164
IV. Schutzzweck und Schutzbereich der Amtspflicht	165
V. Verschulden	165
C. Ausnahmen von der Haftung	166
I. Subsidiarität	166
II. Vorrang des Rechtsweges	166
III. Spruchrichterprivileg	167
IV. Haftungsbeschränkung	167
D. Haftung des Staates und Eigenhaftung	167
I. Haftung nach Art. 34 GG	167
II. Eigenhaftung des Beamten nach § 839	168
E. Judikatives Unrecht bei der Anwendung von Unionsrecht	168
§ 23 Sachverständigenhaftung für unrichtige Gerichtsgutachten	170
A. Entwicklung der Haftungsgrundlagen hin zu § 839a	170
B. Rechtspolitische Probleme: Haftungswillkür, Immunität des Sachverständigen	171
C. Beschränkung der Haftung auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit	172
D. Ausgestaltung des § 839a BGB	172
2. Abschnitt. Gefährdungshaftung	174
§ 24 Theorie der Gefährdungshaftung	174
A. Entwicklung und Funktion	174
I. Geschichte und Namensgebung	174
II. Funktionen der Gefährdungshaftung	174
III. Typen der Gefährdungshaftung	175
B. Voraussetzungen der Gefährdungshaftung	176
I. Positive Voraussetzungen	176
II. Entbehrliche Merkmale	177
C. Anordnung und Typologie der Gefährdungshaftungen	177

Inhalt

I. Gesetzesvorbehalt und Analogieverbot	177
II. Typologie der Gefahr	178
D. Haftungsbeschränkung durch Höchstgrenzen	178
E. Reform der Gefährdungshaftung	179
§ 25 Gefährdungshaftung wegen Tiergefahr: Tierhalter- und Jagdhaftung ...	180
A. Tierhalterhaftung	180
I. Tier	180
II. Tierhalter	180
III. Tiergefahr	181
IV. Handeln auf eigene Gefahr	182
V. Sonderregeln	182
VI. Auffangtatbestand für residuale Tiergefahr: Verschuldenshaftung ..	182
B. Wildschadenshaftung	183
I. Gefährdungshaftung für den Wildschaden	183
II. Jagdschaden	183
§ 26 Gefährdungshaftung wegen Geschwindigkeit: Eisenbahn, Kraftfahrzeug, Luftfahrzeug	184
A. Haftung des Bahnbetriebsunternehmers	184
I. Schienenbahn oder Schwebebahn	184
II. Betriebsgefahr	184
III. Verletzung und Schaden	184
IV. Ausschlussgründe	185
B. Haftung des Kraftfahrzeughalters	185
I. Entwicklung	185
II. Tatbestandsmerkmal: Kraftfahrzeughalter	186
III. Tatbestandsmerkmal: Bei dem Betrieb eines Kraftfahrzeugs	186
IV. Ausschlussgründe der Haftung	187
V. Haftung des Fahrzeugführers	187
VI. Haftungsumfang und Direktanspruch	187
C. Haftung im Luftverkehr	188
I. Rechtsquellen	188
II. Gefährdungshaftung des Luftfahrzeughalters	188
III. Innenhaftung des Halters oder Frachtführers	189
§ 27 Gefährdungshaftung wegen Energieentfaltung: Energieanlagen, Atomenergie	190
A. Konventionelle Energie: Elektrizität, Gas, Dampf usw.	190
I. Anlagenwirkungshaftung	190
II. Anlagenhaftung ohne Wirkung (Zustandshaftung)	190
III. Haftungsausschlüsse	190
IV. Umfang	191
B. Atomenergie	191
I. Kernanlagenhaftung	191
II. Besitzerhaftung	191
III. Haftungsumfang	192
§ 28 Gefährdungshaftung wegen Wasserveränderung, Bergbau und industrieller Umweltbelastung	193
A. Veränderung der physiologischen Beschaffenheit des Wassers, § 22 WHG	193
I. Umweltschutz durch Gefährdungshaftung	193

	Inhalt
II. Handlungshaftung	193
III. Anlagenhaftung	193
IV. Fallgruppen der Wasserhaftung	193
B. Bergschadenshaftung	194
I. Haftungsgrund	194
II. Haftungsumfang	195
C. Umwelthaftung	195
I. Rechtsgrundlagen, Abgrenzung zum öffentlichen Recht	195
II. Haftungsgrund	195
III. Haftungsumfang	196
§ 29 Gefährdungshaftung wegen Arzneimittelherstellung und Gentechnik	197
A. Arzneimittelhaftung	197
I. Hintergrund der Produzentenhaftung	197
II. Entwicklungsfehler und Herstellungsfehler	197
III. Instruktionsfehler	198
IV. Kausalität, Informationspflichten	198
V. Haftungsumfang	198
B. Gentechnikgesetz	199
I. Gesetzesentwicklung	199
II. Genehmigungserfordernisse	199
III. Haftung	199
3. Abschnitt. Objektive Einstandshaftung	201
§ 30 Ausgleich trotz rechtmäßigen Eingriffs: Zivilrechtliche Aufopferung ...	201
A. Prinzip und aggressiver Notstand	201
I. Grundsatz der Aufopferung	201
II. Aggressiver Notstand, § 904	201
III. Rechtsfolgen	202
B. Besondere gesetzliche Regelungen	202
C. Prinzip oder Aufzählung	203
I. Einwirkungen auf Sachgüter	203
II. Einwirkung auf die Person	203
§ 31 Selbstopferung	204
A. Erscheinung	204
B. Haftung aus Geschäftsführung ohne Auftrag	204
C. Anrechnung der Gefahr	205
3. Teil. Rechtsfolgen der Haftung	207
1. Abschnitt. Ersatz des Vermögensschadens und des immateriellen Schadens	207
§ 32 Schadenszurechnung: haftungsausfüllende Kausalität und Schutzbereich der Ersatznorm	207
A. Haftungsausfüllende Kausalität	207
I. Kausalzusammenhang im Schadensrecht	207
II. Adäquate Kausalität	207
B. Schutzbereich der Schadensersatznorm	208
I. Schutzbereich welcher Norm?	208
II. Genereller Schutzzumfang der Ersatznorm	208
	XIX

Inhalt

§ 33 Grundzüge des gesetzlichen Schadensersatzes	209
A. Schaden	209
I. Schadensdefinition	209
II. Mittelbarer und unmittelbarer Schaden	210
III. Verletzung und Schaden	210
B. Differenzhypothese	211
I. Vergleichung der Vermögensstände	211
II. Sicherer Verlust oder Entgang einer Chance	211
C. Naturalrestitution	212
D. Geldersatz statt Naturalrestitution	212
I. Nicht mögliche oder nicht genügende Naturalherstellung	212
II. Personenverletzung und Sachbeschädigung	212
III. Unverhältnismäßige Aufwendungen	213
IV. Geldersatz nach Fristsetzung	213
E. Vorteilsausgleichung	213
I. Prinzip	214
II. Nicht anzurechnende Vorteile	214
§ 34 Personenschaden	215
A. Tod eines Menschen	215
I. Tötungsschaden	215
II. Schaden des Erben	215
III. Angehörigenschaden	215
B. Verletzung eines Menschen	216
I. Heilungskosten	216
II. Mehrbedarf	216
III. Erwerbsschaden	217
IV. Abhängigenschaden	217
V. Anstößiger Erwerb	217
§ 35 Sachschaden	219
A. Erscheinungsformen des Sachschadens	219
I. Zerstörung der Sache	219
II. Beschädigung der Sache	219
III. Entziehung der Sache	219
IV. Entwertungsschaden	220
V. Ökologische Schäden	220
B. Sachschaden und Interesse	220
I. Neu für alt	220
II. Mehrwertsteuer	221
C. Ersatz des Sachwertes	221
D. Reparaturkosten	221
E. Insbesondere: Kfz-Schäden	221
I. Mietwagen	221
II. Reparatur und Ersatzbeschaffung	222
III. Nutzungsausfall	223
IV. Merkantiler Minderwert	223
§ 36 Sonderformen der Schadensberechnung: Bedarf und Aufwendung, Familienplanung, Nutzungsausfall, Frustration, gemeiner Wert, Affektionsinteresse, Lizenzanalogie, Abwehrschaden	224
A. Bedarf und Aufwendung	224
B. Familienplanungsschaden	224

	Inhalt
I. Unerwünschte Geburt (wrongful birth)	225
II. Unerwünschtes Leben (wrongful life)	226
III. Unerwünschte Zeugung (wrongful conception)	227
C. Nutzungsausfall	227
D. Frustrationsschaden	228
E. Gemeiner Wert und Affektionsinteresse	229
F. Hilfsmethoden der Schadensberechnung: Lizenzanalogie, Herausgabe des Verletzergewinns	229
G. Abwehrschaden	230
§ 37 Immaterieller Schaden	232
A. Grundsatz	232
I. Vermögensschaden	232
II. Nichtvermögensschaden	232
B. Naturalrestitution bei Nichtvermögensschaden	232
C. Naturalrestitution und Geldersatz	233
§ 38 Schmerzensgeld: Haftungsgrund	234
A. Herkunft und Name	234
B. Tatbestandserfordernisse	234
I. Gesetzliche Regelung	234
II. Erweiterung des Tatbestandes: Allgemeines Persönlichkeitsrecht ..	235
III. Erweiterung des persönlichen Schutzbereichs: Schockschaden	236
C. Funktionen des Schmerzensgeldes	237
I. Ausgleichsfunktion	237
II. Genugtuungsfunktion	238
III. Voraussetzungen der Genugtuung	238
IV. Untrennbarkeit der Funktionen	238
D. Vererblichkeit des Schmerzensgeldanspruchs	238
E. Kein Schmerzensgeld beim Arbeitsunfall	239
§ 39 Schmerzensgeld: Haftungsumfang und Haftungstypen	240
A. Umfang des Schmerzensgeldes	240
I. Billigkeitserhebliche Merkmale	240
II. Anrechnung eines Mitverschuldens	241
III. Mitverschulden des Getöteten und Schockschaden	241
B. Schadenstypen	242
I. Tötung	242
II. Verletzung des Körpers und der Gesundheit	242
III. Freiheitsverletzung, sexuelle Selbstbestimmung	243
IV. Schmerzensgeld bei ärztlicher Fehlbehandlung	243
V. »Schmerzensgeld« bei Persönlichkeitsverletzung	244
C. Schmerzensgeld in Auffangfunktion zum materiellen Schaden	246
D. Herabsetzung der Genugtuung wegen Strafurteils oder Regressforderungen	246
E. Ersatz künftiger immaterieller Schäden	247
§ 40 Schmerzensgeld: Summen und Renten	248
A. Summen und Renten	248
B. Billige Entschädigung: Vergleichung mit anderen Urteilen und Inflation ..	248
I. Schmerzensgeldtabellen	248
II. Bestimmter Klageantrag	249
III. Merkmale der Verletzung	249
IV. Zusammenspiel typologischer Merkmale	249

Inhalt

2. Abschnitt. Abwehrensprüche: Unterlassungs- und Beseitigungsklage	250
§ 41 Negatorische Maßnahmen: Erscheinung und Theorie	250
A. Rechtsschutz und Rechtswidrigkeit	250
B. Anspruch oder Klage	251
§ 42 Unterlassung und Beseitigung	252
A. Unterlassungsanspruch	252
I. Schutzzumfang, Begehungsgefahr	252
II. Rechtsfolge	253
B. Beseitigungsanspruch	253
I. Voraussetzungen	253
II. Rechtsfolge: Abgrenzung zum Schadensersatz	253
III. Kosten der Beseitigung	254
IV. Sonderproblem Ehrenschutz	254
3. Abschnitt. Prozess und Regress	255
§ 43 Beweis: Darlegungs- und Beweislast, Beweismaß und Schätzung; Zwangsvollstreckung	255
A. Darlegungs- und Beweislast	255
I. Anspruchsgrundlage	255
II. Einwendung	255
III. Umkehr der Darlegungs- und Beweislast	256
IV. Anscheinsbeweis	257
B. Regelbeweismaß	258
C. Schadensschätzung	258
D. Privilegierte Zwangsvollstreckung	258
§ 44 Verjährung und Verwirkung	259
A. Verjährung	259
I. Verjährung des Deliktsanspruchs	259
II. Konkurrenzen	260
B. Unzulässige Rechtsausübung	261
I. Sonderregelungen: §§ 852, 853	261
II. Verwirkung im Allgemeinen	261
§ 45 Rückgriff: Privater Versicherer, öffentlicher Versicherungsträger, Arbeitgeber, Dienstherr	262
A. Individualschaden und Sozialschaden	262
I. Schadensübernahme durch Arbeitgeber usw.	262
II. Zusammenführung von Verletzung und Schaden	263
B. Regress des Privatversicherers	263
C. Regress der Sozialversicherungsträger	264
I. Originärer Regressanspruch der Berufsgenossenschaft	264
II. Regress des Sozialleistungsträgers	264
1. Legalzession, Kongruenz	264
2. Haftungsersetzung durch Unfallversicherungsschutz	265
D. Rückgriff des Arbeitgebers und Dienstherrn	266
Sachregister	267